

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

<b>Bezugspreis</b> mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. <b>Postfachkonto:</b> Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77	<b>Redaktion:</b> Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — <b>Verlag in Leipzig,</b> Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206	<b>Inseratenpreise:</b> Die 10geleit. Kolonelle 35 Pfa., bei Platzvorkauf 40 Pfa. Stellenangebots 10geleit. Kolonelle 25 Pfa. Familiennachrichten von Privatden die 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pfa. bei Platzvorkauf 50 Pfa., Reklameseite 2.25 Mk.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Keine klare Entscheidung

### Die Beschlüsse des Parteiausschusses Ein ordentlicher Parteitag

Der Parteiausschuss der SPD nahm am Dienstag nach einem Referat des Parteivorstehenden Otto Weis und einer zweitägigen Diskussion folgende Entscheidung einstimmig an:

„Der von den Kommunisten eingeleitete Volksentscheid ist nicht geeignet, die Streitfrage des Panzerkreuzerbaues zur Entscheidung zu bringen. Die Kommunisten erstreben mit ihrem Volksbegehren eingetragene Maßnahmen auch gar nicht die Verhinderung des Panzerkreuzerbaues. Sie erblicken in ihm nur eine Gelegenheit, die Sozialdemokratische Partei zu verleumden und zu beschimpfen. Für die Parteigenossen ergibt sich daraus von selbst die Pflicht, dieser gegen die Sozialdemokratische Partei gerichteten Aktion auf das entschiedenste entgegenzutreten.“

Außerdem verabschiedete der Parteiausschuss noch folgende Entscheidung:

„Der Parteiausschuss stellt die einstimmige Ablehnung des Panzerkreuzerbaues durch die Partei fest. Er erwartet vor der Verabschiedung des Reichsetats für das Jahr 1929 die grundsätzliche Stellungnahme zum Wehrproblem durch den rechtzeitig hierzu einberufenen Parteitag. Der Parteivorstand wird ersucht, diese Klärung durch Einsetzung einer Programmkommission vorzubereiten, die dem Parteitag Bericht zu erstatten hat.“

Der SPD bemerkt dazu u. a.:

Die Beschlüsse des Parteiausschusses sind — wie ausdrücklich hervorgehoben zu werden verdient — einstimmig gefasst worden. Es ist die feste Absicht der sozialdemokratischen Organisationen, die Frage des Panzerkreuzerbaues nicht auf das Niveau des demokratischen Radaus und des öden Schlagwortes herunterziehen zu lassen. In der Diskussion innerhalb der Partei ist eindringlich auf die tieferen Ursachen der Panzerkreuzerfrage hingewiesen worden. Der Mangel an prinzipieller Klarheit über die Stellung zum Wehrproblem im demokratischen Staat innerhalb der sozialdemokratischen Partei, mangelnde Verständigung über das Problem, welche Konsequenz aus der Wandlung des Wesens des Staates und demzufolge aus der veränderten Stellung der Sozialdemokratie zum Staate gezogen werden müssen. Diese Fragen bedürfen der ernstesten Prüfung; sie sind mit bequemen Schlagworten nicht zu lösen. Der Parteiausschuss hat unter Führung des Parteivorstandes den Weg gewiesen, auf dem diese Klärung geschaffen werden soll: zunächst ruhige Vorprüfung, dann Aussprache und Entscheidung auf dem nächsten ordentlichen Parteitag, der voraussichtlich in den ersten Monaten des nächsten Jahres in Magdeburg abgehalten wird. Ein wichtiges Stück der Selbstverständigung, der geistigen Bewältigung der großen neuen Aufgaben im staatlichen und gesellschaftlichen Leben nach der Revolution wird damit geleistet werden.

Der Sozialdemokratische Pressedienst bemerkt, daß die Beschlüsse des Parteiausschusses einstimmig gefasst worden seien. Man wird vorerst weitere Aufklärung abzuwarten haben. Seinen bisherigen Beschlüssen entsprechend hat er, den Forderungen zahlreicher Organisationen entgegen, einen außerordentlichen Parteitag abgelehnt. Die Entscheidungen in der Frage des

Panzerkreuzers sollen von einem ordentlichen Parteitag getroffen werden, der in den „ersten Monaten des nächsten Jahres“ tagen soll. Ueber den Termin ist bisher Posttotes nicht bekannt. Wir hoffen aber, und darauf werden die Organisationen zu drängen haben, daß der Parteitag von den Ereignissen nicht überrascht werden wird.

Der Parteiausschuss hat „die einstimmige Ablehnung des Panzerkreuzers durch die Partei“ festgestellt. Er hat damit bereits den Beschlüssen des kommenden Parteitages vorgegriffen. Nur allzu bald wird diese Frage erneut in den Vordergrund treten, und zwar, wenn sich die vier Minister mit der Aufstellung des Reichsetats beschäftigen müssen. Wie Genosse Herz eingehend nachgewiesen hat, sind der Finanzminister, also Hilferding, und der Reichskanzler in der Lage, die Einstellung der zweiten Rate in den Reichsetat zu verhindern. Das entspricht, wie der Parteiausschuss ausdrücklich bekräftigt hat, dem einmütigen Willen der Gesamtpartei. Den Ministern wurde daher eine eindeutige klare Richtlinie erteilt, aber nicht nur diesen, sondern auch der Reichstagsfraktion. In der Sitzung des Parteiausschusses vom 18. August ist beschlossen worden:

„Fraktion und Parteiausschuss halten die engste Fühlungnahme zwischen ihnen und den der Regierung angehörenden Genossen in allen politischen Fragen für eine unabweisbare Notwendigkeit.“

Danach sind die Minister „in allen politischen Fragen“ zu der „engsten Fühlungnahme“ mit der Reichstagsfraktion verpflichtet. Sollten daher bei den Ministern Zweifel bestehen, dann ist es die Aufgabe der Reichstagsfraktion, auf die im Parteiausschuss festgestellte „einstimmige Ablehnung des Panzerkreuzerbaues durch die Partei“ zu verweisen.

Wie an anderer Stelle berichtet wird, hat die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei auf ihrer kürzlichen Sitzung in Magdeburg den Beschluß gefaßt, auch den weiteren Katen für den Panzerkreuzer A zuzustimmen. Auf einer Bezirkskonferenz des Zentrums in Südingen hat ferner der Reichstagsabg. Herz seinen bekannten Artikel widerrufen müssen. Demzufolge ist Herr Guérard, der Beobachtungsposten des Zentrums im Kabinett der Köpfe, gebunden, und Herr Koch, der demokratische Reichsjustizminister, hat bereits unangenehm darauf hingewiesen, daß es ein „Schilfbürgerstück“ sei, die zweite Rate abzulehnen, nachdem der ersten Rate zugestimmt worden ist. Freilich hat Herr Koch die Entscheidung seiner Fraktion überlassen, aber es dürfte nicht zu zweifeln sein, daß die Demokraten den „Schilfbürgerstück“ nicht begeben wollen. Demzufolge befände dann im Kabinett eine Mehrheit für den Panzerkreuzer. Die vier sozialdemokratischen Minister kämen in die Lage, überstimmt zu werden. Das war die Frage, die in der Fraktion bei der Zustimmung zum Kabinett der Köpfe in erster Linie erörtert wurde. Demgegenüber aber stehen die Hoffnungen des Genossen Herz, wonach — laut Geschäftsordnung des Reichskabinetts — die Einprüche des Reichsfinanzministers und des Kanzlers genügen würden, die Einstellung der zweiten Rate in den Etat zu verhindern. Hier wird die Reichstagsfraktion eingreifen haben, um der „einstimmigen Ablehnung des Panzerkreuzers durch die Partei“ Nachdruck zu verleihen, und dies, wie Genosse Löbe sehr richtig schrieb, ungeachtet der politischen Folgen, die sich daraus ergeben würden.

Die Frage des Wehrproblems und eines Volksentscheids ist dann eine Angelegenheit, über die der Parteitag entscheiden mag.

## „Schwarzer Tag“ in Genf

Es ist etwas Unerwartetes geschehen: Briand, der „große Apostel des Friedens“, wie er erst gestern von dem tschechoslowakischen Sekundanten der französischen Politik genannt wurde, hat in der Völkerverbändeversammlung eine Rede gehalten, die in Deutschland als eine schwere Schädigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beurteilt wird. Es war beinahe schon traditionell, Briand auf jeder Völkerverbändeversammlung eine glänzende Rede halten zu hören, bei der die Zuhörer den Eindruck bekamen, als sei der Frieden wirklich schon da und würde von den Völkern bloß nicht gesehen. Daß er diesmal anders herum reden würde, das haben nur wenige für möglich gehalten. Und da die deutsche Delegation unter der Führung eines Sozialdemokraten steht, dessen ehrlicher Wille für eine Verständigung der Völker von niemandem bestritten werden kann, so lag wohl auch kein Grund vor, anzunehmen, daß es gerade diesmal in Genf schrittliche Misttöne in dem Völkerverbändeversammlung geben werde.

Über die Rede Briands und die Wirkung, die sie ausgeübt hat, zeigt, wie hoch die gesamte Verständigungspolitik ist, die von den kapitalistischen Regierungen getrieben wird. Daß ein Sozialist, wenn er sich zu ihrem Vertreter macht, sie nicht grundsätzlich ändern kann, auch das bestätigt wieder einmal dieser jüngste Zwischenfall. Hermann Müller und mit ihm eine Mehrheit in der Führung der deutschen Sozialdemokratie hatten in den letzten Jahren die Außenpolitik des Herrn Stresemann bedingungslos als Verständigungs- und Friedenspolitik hingenommen und auf eine eigene sozialdemokratische Außenpolitik verzichtet. Jener Teil in der Partei ist der Auffassung, daß, je mehr die Sozialdemokratie die Außenpolitik Stresemanns unterstützt, desto stärker das Vertrauen des offiziellen Frankreichs zur deutschen Republik werden müsse. Wenn es trotzdem noch Mißbilligkeiten in den Beziehungen der beiden Staaten gibt, so liegt das daran, daß einmal in Frankreich nationalistische Kreise störend eingreifen und zum anderen daran, daß auch in Deutschland der extreme Nationalismus gelegentlich Einfluß auf die politische Führung erlangen konnte. Nachdem die Deutschnationalen aus der Regierung verdrängt sind, mußte die Verständigung mit Frankreich in viel rascherem Tempo fortschreiten. Mit diesem außerpolitischen Argument, das nach unserer Meinung kein Argument ist, ist die Notwendigkeit der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Reichsregierung begründet worden. Nun ist Hermann Müller als der Kanzler dieser Regierung selber nach Genf gegangen, um die offizielle Verständigungspolitik Deutschlands zu vertreten. Er hat ganz in dem Sinne, wie es die Diplomaten der deutschen Bourgeoisie in den letzten Jahren stets getan haben, eine Rede gehalten, in der er die Entwaffnung der anderen Staaten forderte, nachdem Deutschland längst entwaffnet sei. Eine solche Rede ist an sich für die Diplomaten keine Ueberraschung mehr. Denn die Versicherung, daß Deutschland völlig entwaffnet sei, ist schon oft vorgetragen und ebenso oft daraus das moralische Recht hergeleitet worden, die Abrüstung der anderen zu verlangen. Bei Hermann Müller ist jedoch kein Zweifel darüber zulässig, daß er überzeugt ist, mit der Abrüstungsforderung wirklich der Verständigung und dem Frieden zu dienen. Aber eben, daß er im Gegensatz zu den Diplomaten der Bourgeoisie ehrlich die Abrüstung will, das scheint ihm Briand so schwer anzuzurechnen.

Wieder einmal zeigt sich, in welche Sackgasse ein Sozialist geraten muß, wenn er Forderungen des Kampfes der von ihm vertretenen Klasse mit den politischen Zielen der Bourgeoisie vermengt. Briand hatte es leicht, der von Müller vorgebrachten Versicherung der völligen Entwaffnung Deutschlands die Tatsachen gegenüberzustellen, aus denen die feste Kriegsbereitschaft Deutschlands hervorgeht. Er sagte, daß kein Volk völlig abgerüstet ist und verwies auf die Reichswehr als ein so vorzügliches Kader, als Heer mit einer so prächtigen Menschenreserve und mit einer solchen Organisationsfähigkeit, wie sie eben vorhanden ist. Mit einem Hinweis auf die Industrie und die völlig wieder aufgebaute Handelsmarine meinte er, daß Deutschland seinen Feindvergeist sehr schnell für Küstungszwecke umstellen könne. Briand hat ironische Worte gegen den deutschen Reichskanzler gesprochen und mit Schärfe zum Ausdruck gebracht, daß weder in der Abrüstungsfrage, noch in der Frage der Rheinlandräumung von der Völkerverbändeversammlung ein Schritt nach vorwärts getan werden dürfe.

Briand hat als der Vertreter der Bourgeoisie seines Landes geredet. Der Bourgeoisie, deren imperialistische Schicht mit einem gewissen Bangen die kräftigen Regungen des neuen deutschen Imperialismus verfolgt und die um des machtpolitischen Einflusses willen, den sie jetzt über den europäischen Kontinent besitzt, nicht will, daß ihr der deutsche Imperialismus militärisch über den Kopf wächst. Es sind immer wieder die sehr nüchternen Interessen der kapitalistischen Gruppen, die sich gegenseitig stoßen. Lehrt nicht die Rede Briands sehr eindringlich, daß die Verständigungs- und Friedenspolitik nicht von dem guten Willen oder den schönen Phrasen dieses oder jenes Diplomaten abhängt, sondern daß sie in der kapitalistischen Welt diktiert wird von den Bedürfnissen der herrschenden Schichten in den einzelnen Staaten? Und eben darum sollten die Sozialisten in allen Ländern sich nicht zum Anhängel der kapitalistischen „Verständigungs- und Friedens-

## Um das Rheinland

### Räumungskonferenz

III Genf, 11. September.

Dienstagnachmittag um 17 Uhr findet die vorgesehene Kollektivbesprechung zwischen den Vertretern der Besatzungsmächte Frankreich, England, Italien und Belgien und Deutschland im Hotel Beau Rivage statt. Von deutscher Seite nehmen an der Besprechung der Reichskanzler Müller und Staatssekretär von Schubert teil.

III Genf, 11. September.

Die Besprechung dauerte von 17 bis 19.45 Uhr. Nach Ausgang der Besprechungen erklärte der belgische Außenminister Symans, daß die Besprechungen am Donnerstagvormittag weiter fortgesetzt werden würden. Da er heute nach Brüssel abreisen müsse, werde er am Donnerstag durch den Delegierten Baron Moncheur vertreten sein. Briand wird voraussichtlich entgegen anderslautenden Mitteilungen an der Donnerstagssitzung teilnehmen.

### Ein deutscher Vorschlag

SPD Paris, 12. September

Ueber die gestrige Konferenz in Genf weiß nur der Pariser Pariser nähere Einzelheiten mitzuteilen. Vor allem hätten Briand und Müller den Sach ihrer Zwistigkeiten geehrt und sich nach

gründlicher Aussprache wieder veröhnt. Dann habe Müller den offiziellen deutschen Standpunkt dargelegt und betont, daß Deutschland einen unbedingten Rechtsanspruch auf die sofortige Räumung des Rheinlandes habe, da es keine Verpflichtungen entsprechend dem Artikel 431 des Versailler Vertrages voll und ganz erfüllt habe. Daraufhin jedoch habe „man“ die entgegengesetzte These entwickelt, nämlich die der politischen, militärischen und finanziellen Pfänder und Gegenleistungen, die die Alliierten hinsichtlich der Sicherheit und der Reparationen immer noch zu fordern hätten. „Man“ sei dabei auch auf die Vorschläge Stresemanns in Thoiry zu sprechen gekommen und „man“ habe betont, daß Stresemann in seinen Vorschlägen nicht zu viel Widerstand geleistet und entschieden weitergegangen sei. Der Reichskanzler habe sich endlich bereitgefunden, einen Verhandlungsvorschlag zu machen, doch habe dieser von keinem der Teilnehmer als genügend angesehen werden können. Zumehrin aber sei damit eine Grundlage gegeben gewesen. Die Alliierten hätten daher den Kanzler gebeten, die Lage nochmal zu überprüfen und am nächsten Donnerstag neue Vorschläge zu machen. Sollen diese Vorschläge eine Diskussionsmöglichkeit erscheinen lassen, dann würden zunächst einmal die Sachverständigen in Aktion treten.

### Die Angst vor den Russen

III Gibraltar, 11. September.

Das auf dem Wege nach Rostow am Don befindliche Schiffschiff „Bega“ der Sowjetregierung kam gestern von Le Havre hier an. Die an Bord befindlichen 65 Kabetten wollten am Nachmittag an Land gehen, wurden aber auf Befehl der Behörden zurückgewiesen. Nur dem Kapitän des Schiffs wurde das Landen gestattet.